NRW
DIE FRAKTION
SPD

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Newsletter April 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

das Ruhrgebiet kann Strukturwandel! Das zeigt es seit vielen Jahrzehnten. Es muss sich immer wieder neu erfinden und tut dies auch. Dennoch kämpft es weiterhin mit großen strukturellen Problemen, wie etwa der Langzeitarbeitslosigkeit, der maroden Infrastruktur oder der hohen Verschuldung der Kommunen.
Armin Laschet hatte die Zukunft des Ruhrgebiets zu einem seiner wichtigsten Wahlkampfthemen gemacht. Über viele Monate hat man dann nichts mehr dazu gehört. Nun hat er seine Idee für eine Ruhrgebietskonferenz im Landtag vorgestellt und enttäuschte auf voller Ebene. Seine Rede war inhaltsleer und nannte weder Ziele noch Visionen. Unser neuer Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty nannte die Rede treffend ein „Floskelbingo“ und eine „geografisch nett unterlegte Geschichtsstunde“.
Laschet vertraut ganz allein darauf, dass man das Ruhrgebiet nur wirtschaftlich stärken müsse und es ausreiche, innovative Unternehmen anzuwerben. Das kann aber nur ein kleiner Teil einer umfassenden Strategie sein. Mit hochqualifizierten Jobs allein werden wir nicht die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit abbauen können. Außerdem werden die Kommunen nur in ihre marode Infrastruktur investieren können, wenn sie die notwendigen finanziellen Mittel haben. So lange aber hohe Sozialkosten das Budget auffressen, bleibt für diese Aufgabe kaum etwas übrig.
Daher brauchen wir eine Entlastung der Kommunen bei den Sozialkosten. Hierfür ist eine Sozialstaatsreform notwendig. Wir brauchen vor allem eine Entschuldung der Kommunen im Ruhrgebiet. Die SPD-Fraktion schlägt daher weiterhin einen Altschuldenfonds, der die Kommunen wieder handlungsfähig macht, vor - am besten, bevor das aktuell niedrige Zinsniveau wieder ansteigt. Wir brauchen die entschiedene Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch einen sozialen Arbeitsmarkt. Doch das vernachlässigt die Landesregierung derzeit und legt ihr Gottvertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Damit werden wir die Probleme des Ruhrgebiets aber nicht lösen.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

SPD-Fraktion wählt neue Spitze

Die SPD-Landtagsfraktion hat in dieser Woche ein neues Führungsduo gewählt. Neuer Vorsitzender ist der ehemalige NRW-Justizminister Thomas Kutschaty aus Essen, der sich mit 35 Stimmen gegen den Parlamentarischen Geschäftsführer Marc Herter (31 Stimmen) durchsetzen konnte. Neue Parlamentarische Geschäftsführerin wird Sarah Phillip, die ihren Wahlkreis in Duisburg hat. Auf sie entfielen 38 von 67 Stimmen. Die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden findet im Mai statt.

Umweltministerin Schulze Föcking redet sich um Kopf und Kragen

Der Skandal um Umweltministerin Christina Schulze Föcking nimmt kein Ende. Im Juli 2017, wenige Tage nach ihrem Amtsantritt, wurden Vorwürfe wegen Tierquälerei im Schweinemastbetrieb ihrer Familie bekannt. Bis heute verstrickt sie sich immer wieder in Widersprüche über die Besitzverhältnisse des Betriebs und die Rolle des Landes bei den Ermittlungen in besagtem Betrieb. Pikant ist auch die Schließung der Stabsstelle Umweltkriminalität. Der Beschluss dazu fiel in die Zeit der Ermittlungen gegen die Ministerin. Vor einigen Tagen berichtete der WDR, dass Ministerin Schulze Föcking im Landtag Falschaussagen zur Schließung getätigt hätte. Die Stabsstelle hätte sehr wohl eine Rolle bei der Aufklärung von Umweltverbrechen wie bei Envio gespielt. Die Ministerin hatte die Schließung der Stabsstelle stets damit begründet, dass sie unbedeutend wäre. In einer Fragestunde im Landtag in dieser

Woche und in einer Aktuellen Stunde zum Thema tags darauf, redete sich die Ministerin immer wieder in Widersprüche und schob die Schuld der miserablen Kommunikation auf die Mitarbeiter*innen in ihrem Ministerium. Die Affäre belastet den Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz in Nordrhein-Westfalen und zeigt, dass die Ministerin mit ihrem Amt überfordert ist. Die Fraktionen von SPD und Grünen überlegen momentan, ob sie in der Sache einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einberufen werden.

Klientelpolitik bei der Wohnraumförderung

Die Ziele der Mitte-Rechts-Regierung waren bereits bekannt. Nun veröffentlichte die Landesregierung mit den Förderrichtlinien 2018-2022 die Details. Und die offenbaren noch mehr, wie CDU und FDP Politik für ihre Klientel betreiben und die eigentlichen Wohnraumprobleme in unserem Land ignorieren. Das jährliche Fördervolumen wird von 1,1 Milliarden Euro auf 800 Millionen Euro gesenkt. Beim wichtigen Mietwohnungsbau, von dem vor allem Geringverdiener*innen profitieren, werden die Mittel 2020 nochmal gekürzt und dafür die Mittel für die Eigentumsförderung (Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen) erhöht.

Eigenheimbauer*innen erhalten zudem deutlich höhere Förderpauschalen. Das heißt, es können auch weniger neue Wohneinheiten gefördert werden, als es den Anschein macht. Steigen werden die Höchstmieten, die Vermieter*innen ihren Mieter*innen für öffentlich geförderten Wohnraum abnehmen dürfen. Und dies vor allem in Städten mit einem ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt und einem hohen Mietniveau. Dort sollen sie sogar um 8,8 Prozent steigen. Die Landesregierung stärkt also nicht diejenigen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, sondern diejenigen, die bauen wollen, obwohl sich das, wie Studien belegen, nur die wenigsten Menschen leisten können und unnötiger Flächenverbrauch betrieben wird.

Pressemitteilung der Dortmunder SPD-Landtagsabgeordnete: https://wp.me/p7RICK-lj
Förderrichtlinien für die Soziale Wohnraumförderung 2018-2022 sowie die Mietstufen in NRW: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-727.pdf

Staatssekretärin entfacht Kopftuchdebatte

Staatssekretärin Serap Güler offenbarte in einem Interview, dass sie ein Kopftuchverbot für muslimische Mädchen in Kindergärten und Schulen, wie es die österreichische Regierung plane, befürworte. Auch ihr Integrationsminister Joachim Stamp sagt, man müsse diese Debatte auch in Deutschland führen. Damit fischen die beiden führenden Integrationspolitiker in NRW am rechten Rand. Ob ein solches Verbot überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist doch äußerst fraglich, da es sehr stark in die Privatsphäre und die Religionsfreiheit eingreift. Dann müsste man auch andere religiöse Praktiken zur Diskussion stellen. Fraglich ist auch, wie viele muslimische Mädchen überhaupt ein Kopftuch tragen, und ob es sich nicht lediglich um ein Randphänomen handelt. Mit einem Verbot des Kopftuchs in Kindergärten und Schulen wird das eigentliche Problem nicht beseitigt. Es führt nämlich nicht zu mehr Integration und Emanzipation, sondern sorgt dafür, dass sich die Betroffenen noch mehr von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen als bisher. Anstatt schlüssige Integrationskonzepte vorzulegen, führt die Mitte-Rechts-Regierung populistische Debatten.

Razzien gegen Menschenhandel

Der Bundespolizei ist in der letzten Woche ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution gelungen. Bundesweit waren 1.500 Beamte im Einsatz und konnten so einen thailändischen Menschenhändlerring hochnehmen. Mir ist als frauenpolitische Sprecherin nun wichtig zu fragen, wie es mit den betroffenen Frauen, die Opfer dieser Kriminellen wurden, verfahren wird. Die Frauen
dürfen nicht ins Bodenlose fallen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft, den weiteren Behörden und den Fachberatungsstellen ist unabdingbar. Wir müssen verhindern, dass die Frauen ohne weitere Hilfe nach Thailand oder in andere Herkunftsländer abgeschoben und dort erneut Opfer von Zwangsprostitution werden.

Pressemitteilung: https://wp.me/p7RICK-lf

Schwangerschaftsabbrüche: Diskussion um §219a neu entfacht

Bereits Ende 2017 hat der Landtag über die Streichung des Paragrafen 219a im Strafgesetzbuch, der Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt, debattiert. Es gab Fälle, in denen Ärzt*innen verurteilt wurden, die auf ihrer Homepage lediglich Sachinformationen über einen Schwangerschaftsabbruch zugänglich gemacht haben, aber nicht im eigentlichen Sinne dafür geworben haben. Wir erlebten eine emotionale Debatte um das Thema Abtreibung im Landtag. Ich habe seinerzeit dargestellt, dass ich die Streichung des Paragrafen für richtig halte. Frauen müssen selbstbestimmt die Entscheidung treffen dürfen, ob sie eine Schwangerschaft

austragen oder abbrechen wollen. Um diese schwere Entscheidung treffen zu können, benötigen sie die notwendigen Informationen. Wenn Ärzt*innen dafür unter Strafe gestellt werden, wird das die Unabhängigkeit der Frauen schmälern. Wegen der Koalitionsverhandlungen im Bund wurde das Thema zunächst auf Eis gelegt. In dieser Woche berät der Bundesrat auf Antrag der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Thüringen erneut über die Streichung des Paragrafen 219a. Auch in der Landtagsfraktion werden wir das Thema aufgreifen. Der AK Gleichstellung und Frauen erarbeitet gerade ein Positionspapier, das wir in Kürze vorstellen werden.

Meine Plenarrede vom 21.12.2017 zum Thema: https://youtu.be/d8jxRxl89Hg

Landtag setzt Enquetekommission zur digitalen Transformation der Arbeitswelt ein

Um den digitalen Wandel in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, hat die SPD-Fraktion die Einsetzung einer Enquetekommission beantragt, die sich mit der digitalen Transformation der Arbeitswelt befasst. Bereits jetzt ist erkennbar, dass Branchen und berufliche Qualifikationen durch die Digitalisierung sehr unterschiedlich betroffen sein werden. Zugleich bietet die digitale Transformation ein hohes Potenzial für neu entstehende Arbeitsplätze. Die Bewältigung der entsprechenden Prozesse wird die Akteur*innen in unserem Bundesland vor schwierige Aufgaben stellen. NRW kommt in diesem Kontext eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, interdisziplinäre Impulse zu setzen, die über ein naives „Digitalisierung first, Bedenken second“ hinausgehen.

Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2405.pdf

Sicherheit von Großveranstaltungen: NRW braucht ein Veranstaltungsgesetz

Nordrhein-Westfalen verfügt bis heute über kein gesetzliches Veranstaltungsrecht. Es existiert vielmehr eine Zersplitterung von Zuständigkeiten, die der staatlichen Schutzpflicht für Besucher*innen von Großveranstaltungen nicht gerecht wird. Die zuständigen Behörden befinden sich in einem permanenten Zustand der Rechtsunsicherheit. Die Rechtsgrundlagen für die Planung, Genehmigung und Durchführung von Großveranstaltungen müssen deshalb vereinheitlicht werden. Sowohl für die zuständigen Behörden als auch für die Veranstalter*innen sind klare, verständliche und transparente Regelungen zu schaffen, die eine sichere, reibungslose und unbürokratische Genehmigung und Durchführung von Großveranstaltungen ermöglichen. Wir haben deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, nach dem Vorbild der Bundesländer Bayern und Thüringen ein Veranstaltungsgesetz zur Regelung der Zulassung und Überwachung von Großveranstaltungen vorzulegen.

Antrag „Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2406.pdf

Girls‘ und Boys‘ Day im Landtag

Die beliebtesten Ausbildungsberufe von Mädchen und Jungen haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum geändert. Zu den beliebtesten Ausbildungsberufen bei Mädchen zählen Kauffrau für Büromanagement, medizinische oder zahnmedizinische Fachangestellte, Frisörin oder tiermedizinische Fachangestellte. Bei den Jungen dagegen KfZ-Mechatroniker, Industriemechaniker

oder der Lagerlogistiker. Auch heute noch spiegeln sich klassische Rollenbilder von Mann und Frau im Berufswahlverhalten junger Menschen wieder. In technischen Berufen dominieren Männer, in sozialen Berufen dominieren Frauen. Oft sind letztere niedriger entlohnt und die Arbeitsbedingungen schlechter.
Seit 17 Jahren gibt es daher den Girls‘ Day, an dem Mädchen und junge Frauen in von Männern dominierten Berufe reinschnuppern können. Seit 2011 gibt es das Pendant dazu, den Boys‘ Day. Auch der Landtag und die SPD-Landtagsfraktion haben in diesem Jahr dazu eingeladen. Am 23. April besuchten zehn Schülerinnen und Schüler des Phoenix-Gymnasiums in Hörde auf meine Einladung hin den Boys‘ und Girls‘ Day des Landtags und informierten sich über verschiedene technische, handwerkliche und naturwissenschaftliche Berufe.
Am 26. April luden die weiblichen Landtagsabgeordneten junge Frauen und Mädchen aus ihrem Wahlkreis zum Girls‘ Day der Landtagsfraktion ein. Paula Niedermowe, Janina Gold und Lilly Laetitia Brauner nahmen auf Einladung von Nadja Lüders und mir an diesem teil und lernten die Arbeit der Fraktion und den Werdegang weiblicher Landtagsabgeordneter kennen. Sie hatten die Möglichkeit, sich über die Hürden, die sich einer Frau auf dem Weg in die Politik stellen, zu informieren und erfuhren, wie die interviewten Abgeordneten diese überwinden konnten.

Besuchergruppen besuchten den Landtag

Auch in den letzten Wochen habe ich mehrere Besuchergruppen im Landtag begrüßen dürfen. Am 26. April besuchten auf meine Einladung hin eine Gruppe Geflüchteter, die bei der dobeq an einer berufsbildenden Maßnahme teilnehmen und ein Frauenkurs des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge den Landtag. Am selben Tag diskutierte ich auch mit einer Gruppe Frauen aus Bocholt, die mit dem Gleichstellungsbüro der Stadt Bocholt den Landtag besuchten, über die Arbeit einer Abgeordneten und frauenpolitische Themen.

Tolles Angebot für Kinder und Jugendliche auf der Zeche Kaiser Friedrich

Der 6. April ist der Internationale Tag des Sports. Zu diesem Anlass besuchten die Abgeordneten der SPD-Fraktion Vereine und Sportstätten in ihrem Wahlkreis. Ich besuchte den Natur Sport Park Zeche Kaiser Friedrich in Menglinghausen. Auf dem weitläufigen Gelände, das landschaftlich sehr schön gelegen ist, bietet der Verein „Erlebt was“ einen Mix aus erlebnis-, umwelt- und sportpädagogischen Angeboten. Großstadtkinder bekommen hier einen Platz für Bewegung und Kontakt zur Natur. Während meines Besuchs fand der letzte Tag des Ferienprogramms statt. Die Jugendlichen konnten sich an dem Tag im Bogenschießen, Reiten und Klettern üben. Am Lagerfeuer gab es Stockbrot. Besonders gefreut habe ich mich, dass die Organisatoren um Peter und Hannes Regener das Angebot auch Jugendlichen zugänglich machen möchten, die sich die Teilnahmegebühren nicht leisten können. Denn gerade in Stadtteilen, in denen es eine hohe Armutsquote und soziale Probleme gibt, ist der Zugang zur Natur oft sehr begrenzt. Das Engagement von „Erlebt was“ ist auf jeden Fall sehr vorbildlich und unterstützenswert.

Artikel zu meinem Besuch auf meiner Internetseite: https://wp.me/p7RICK-kW

S-Bahnstation Lütgendortmund erhält Taubenvergrämung

Der Zustand der S-Bahnstation ist seit vielen Jahren ein Ärgernis. Zuletzt nahm die Verschmutzung durch Taubenkot extrem zu. Bereits vor 1 1/2 Jahren hatten sich mein Vorgänger Guntram Schneider und Marco Bülow für eine Taubenvergrämung stark gemacht. Bei einem Termin im Landtag mit dem Bevollmächtigten der Deutschen Bahn für das Land NRW, habe ich den Zustand vor kurzem thematisiert. Er hat mir zugesichert, dass es bereits Planungen für eine Taubenvergrämung gebe und die Installation und eine anschließende Grundreinigung bis Juni 2018 abgeschlossen sein werde. Die Maßnahme kostet 20.000 Euro.

Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Monaten war ich wieder im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:

Heinrich-Czerkus-Lauf, Karfreitagsgedenkveranstaltung in der Bittermark, Infostand SPD SB Hombruch, Infostand SPD OV Lütgendortmund, Besuch des Natur Sport Parks Zeche Kaiser Friedrich, Rentenpolitisches Frühstück beim DGB Bezirk Dortmund-Hellweg, Unterbezirkskonferenz der AG der Selbständigen in der SPD Dortmund, Frühlingsfest der Dortmunder Frauenverbände, Klausur SPD SB Hombruch, Anti-Nazi-Demo, Diskussionsveranstaltung des SPD OV Brünninghausen mit Polizeipräsident Gregor Lange zum Thema Innere Sicherheit, 100-jähriges Jubiläum der Mitternachtsmission Dortmund, Grundsteinlegung des Johanniter-Quartiers Kirchhörde, Maiempfang des Oberbürgermeisters, „...wenn nicht wir, wer dann...!?“ Theaterstück der AWO Dortmund als Dank an engagierte Mitglieder, Aufstellung des Frühlingsbaums in Hombruch und Jubilarehrung SPD OV Lütgendortmund.

NRW
DIE FRAKTION
SPD